

Frieden für alle – was wir dazu brauchen.

21 Sep

Rede von Hans Holzinger anlässlich des UNO-Weltfriedenstag am 21. September 2013 im Schloßpark Hellbrunn, Salzburg

Liebe Freundinnen und Freunde des Netzwerks Frieden! Es mir eine besondere Ehre, gemeinsam mit Herrn Marko Feingold anlässlich des Heurigen von den Vereinten Nationen ausgerufenen Weltfriedenstag bei dieser Veranstaltung im schönen Park von Hellbrunn ein paar Überlegungen anstellen und mit Ihnen/Euch teilen zu können. Und es freut mich, dass im Programmblatt diesmal auch Robert Jungk zitiert wird. Als mich Michael Walter von der Rudolf Steiner Schule um einen Titel für meine Ausführungen bat, schlug ich vor: „Frieden für alle – was wir dazu brauchen.“

Frieden für alle – das ist der sehnlichste Wunsch wohl der meisten Menschen. Wohlgemerkt nicht aller, manche profitieren auch vom Krieg, wie aktuell in Syrien. Ein Machthaber versucht sich an der Macht zu halten, in dem er auf die eigene Bevölkerung schießen lässt und dabei auch nicht – dies ist wohl erwiesen – vor einem Giftgasangriff zurückschreckt. Zugleich hoffen die mittlerweile zahlreichen paramilitärischen Verbände in Syrien ihre Machtansprüche mit Gegengewalt zu erreichen. Als im März 2011 in Syrien junge Menschen – ähnlich wie in Tunesien und Ägypten auf die Straße gingen, um auch in ihrem Land für einen arabischen Frühling zu demonstrieren, wurden diese durch die Staatsgewalt brutal niedergeknüppelt. Die Eskalationsdynamik danach ist bekannt – über 100.000 Tote, über 2 Millionen Flüchtlinge und dann der Giftgasangriff.

Dass Obama – anders als Bush davor im Irak und in Afghanistan – einen Bestrafungsschlag zwar angedroht, aber dafür um die Zustimmung des Kongresses bat, war klug. Nicht nur wegen des demokratischen Vorgehens, sondern weil da-durch auch Zeit gewonnen wurde für eine diplomatische Lösung. Der zeitgleich stattfindende G-20-Gipfel eröffnete ein Zeitfenster, das Bewegung in die scheinbar festgeschriebene Patt-Situation brachte – und Russland und China in Zugzwang, einer noch vor einem Jahr abgelehnten internationalen Kontrolle der Giftgasarsenale des syrischen Regimes zuzustimmen. Auf eine Verhandlungslösung ist zu hoffen, zumal nun auch von Iran versöhnliche Signale kommen. Man könnte einwenden, dass in Syrien mit einem Militärschlag gezögert wird, weil es – anders als im Irak und in Libyen – dort kaum Erdöl gibt. Aber das wäre zynisch. Zu fragen ist vielmehr, was der Zivilbevölkerung in Syrien am meisten hilft. Und hier ist zu bezweifeln, ob eine „Bestrafungsaktion“ wirklich ihr Ziel, nämlich weitere Giftgaseinsätze zu verhindern, erreichen würde. Vielmehr ist eine weitere Eskalation nicht auszuschließen. Der Weg kann auch für Syrien nur lauten: Geordnete Abdankung der jetzigen Regierung und Ausschreibung freier Wahlen. Je stärker der internationale Druck auf alle militärischen und paramilitärischen Gruppen in Syrien ist, eine derartige Verhandlungslösung mit freien Wahlen anzustreben, umso größer werden die Chancen, dass die syrische Bevölkerung von dem derzeitigen Elend befreit wird.

Der Nahe Osten ist nicht nur die Region mit den größten Ölreserven der Welt, sondern nicht zufällig auch jene Region mit den größten Waffenimporten. Russland hat in den letzten Jahren Syrien mit Waffen im Wert von 400 Millionen Euro ausgerüstet. Die Verbündeten des

Westens erhielten modernstes Kriegsgerät aus den USA, von Großbritannien, Frankreich und auch Deutschland. Es wird Aufgabe der internationalen Zivilgesellschaft sein, Rüstungsexporte und Waffengeschäfte – so wie in der Zeit der starken Friedensbewegungen in den 1980er-Jahren– wieder öffentlich an den Pranger zu stellen. Denn: Krieg löst keine Probleme. Doch Krieg ist für manche noch immer ein gutes Geschäft – wer Waffen bauen lässt und damit Profit macht, ‚freut‘ sich, wenn diese zum Einsatz kommen. Auch wenn dies nur ein kleiner – und bezogen auf Syrien – nur symbolischer Schritt wäre, so könnten sich österreichische Kommunen, Bundesländer und – warum nicht – auch die Republik vorsorglich zur rüstungsproduktionsfreien Zone erklären und damit signalisieren, dass in unserem Land die Produktion und der Handel mit Waffen für immer unerwünscht sind. Stadt und Land Salzburg könnten voran gehen! Der UN-Weltfriedenstag am 21. September wäre ein guter Anlass dafür!

An dieser Stelle möchte ich eine der wohl ersten Pazifistinnen in Salzburg er-wähnen – Berta Wagner, die sich sehr früh bereits für Völkerverständigung und militärische Abrüstung in der Tradition von Berta von Suttner eingesetzt hat. Einer ihrer Broschüren entnahm ich eine wohl treffliche Definition von Krieg durch den US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower: „Der Krieg ist eine Sache“, so Eisenhower, „bei der sich Millionen Menschen, die sich nicht kennen, um-bringen – auf Befehl weniger, die sich sehr gut kennen, aber nicht umbringen.“ Auch wenn der ‚moderne Krieg‘ danach trachtet, durch sogenannte chirurgische Eingriffe die eigenen Verluste zu minimieren, bringt dieses Zitat sehr gut den Herrschaftscharakter von Krieg zum Ausdruck.

Die meisten Menschen wünschen sich Frieden – und Sicherheit ist ja eines der Grundmenschenrechte neben jenem auf Freiheit, Eigentum und dem Widerstand gegen Unterdrückung. (Eigentlich müssten auch das Grundrecht auf genügend Nahrung und sichere Behausungen hinzugefügt werden). Doch was brauchen wir, damit der Traum „Frieden für alle“ Wirklichkeit werden kann?

Es ist aus meiner Sicht nicht der Friede in uns, auch nicht jener zu unseren Nächsten, der uns dem Weltfrieden näher bringt. Frieden für alle kann nur poli-tisch erreicht werden. Es geht im Wesentlichen um die Herstellung von drei Dingen: um materielle Sicherheit, um Rechtssicherheit und Demokratie.

Um dies zu begreifen, braucht es zu allererst ein Geschichtsbewusstsein. Marko Feingold, der auf hundert Lebensjahre (!) zurückblickt und der die Brutalität des nationalsozialistischen Regimes am eigenen Leib erfahren hat, der auch die Brutalität des 2. Weltkriegs miterlebt hat, kann hier wohl beredter als ich berichten. Doch gerade unsere intensive Auseinandersetzung mit dem Leben und Wirken Robert Jungks, an dessen 100. Geburtstag wir ja heuer erinnern, gibt auch mir Anlass, auf die Bedeutung von Geschichtsbewusstsein hinzuweisen.

Zwei Ereignisse haben Robert Jungk motiviert, ja angetrieben, sich unermüdlich für eine humane Zivilisation und für eine demokratische Gesellschaft einzusetzen: das Wissen um den Holocaust – Jungk hatte in seinem Schweizer Exil von den mit Fortdauer des Krieges zunehmenden Deportationen von Juden und an-deren dem Nazi-Regime missliebigen Personen erfahren, doch weder die Geheimdienste der Alliierten noch die Presseagenturen haben ihm diese Informationen geglaubt – oder wollten sie nicht glauben. Jungk war als

junger Journalist verzweifelt über diesen Tatbestand und schreibt in seinen Memoiren „Trotzdem. Mein Leben für die Zukunft“, dass er damals sogar daran gedacht hat, sich das Leben zu nehmen.

Das zweite prägende Ereignis in Robert Jungks Leben war die Entwicklung der Atombombe und deren Einsatz. Über 200.000 Menschen starben an den unmittelbaren Folgen der Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945; viele Tausende starben an den Spätfolgen in den Jahren und Jahrzehnten danach. Jungk beschreibt die Tragik der Atombombenentwicklung in seinem Buch „Heller als tausend Sonnen“ – von den Nazis ausgewiesene jüdische Atomphysiker um Albert Einstein rieten zu-nächst aus Furcht vor einer Atombombe in den Händen Hitlers US-Präsident Franklin D. Roosevelt zum Atomprogramm gedrängt. Doch als gegen Kriegsende absehbar war, dass es den deutschen Physikern um Werner Heisenberg nicht gelungen war, eine Atombombe zu bauen – sie selbst meinten ja, sie hätten Hitlers Pläne hierfür durch Fehlinformationen an die Heeresführung hintertrieben –, versuchten dieselben Physiker vergeblich, Roosevelts Nachfolger Harry Truman vom Einsatz der Atombombe abzuhalten. Es gab Vorschläge, die Bombe zu Demonstrationszwecken auf Wüstengelände oder zumindest unter Vorwarnung der militärischen Gegner zu zünden. Die US-Führung – und laut Robert Jungk vor allem auch jene US-Militärs, die das Atomprogramm geleitet hatten – drängten jedoch auf den Einsatz unter ‚Realbedingungen‘. Nicht Deutschland, das ja bereits im Mai 1945 kapituliert hatte, sondern Japan wurde als Ziel auserkoren – wiewohl auch der japanische Kaiser bereits die Kapitulation eingereicht hatte. Das Ansinnen war klar: Der Welt – und vor allem der Sowjetunion – sollte gezeigt werden, dass die USA nun mit ihrer „Superwaffe“ die uneingeschränkte „Supermacht“ der Welt sein würden. Der Ausgang der Geschichte ist auch hier bekannt: Bereits 1949 zündeten auch die Sowjets ihre erste Atombombe. Das atomare Wettrüsten, das die Welt an den Rand des zig-fachen „overkills“ brachte, nahm seinen Lauf.

In seinem Buch „Strahlen aus der Asche“ beschreibt Jungk nicht nur die verheerenden Folgen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, sondern er belegt auch die These, dass die US-Militärs damit die Wirkung der Atom-bombe am Menschen ‚testen‘ wollten – so wurde in Hiroshima eine Atomic Bomb Casualty Commission eingerichtet, deren Aufgabe es nicht war, die Strahlenkranken zu behandeln, sondern lediglich die Folgen der Atombomben-abwürfe auf die Opfer zu ‚studieren‘.

In der erneuten Auseinandersetzung mit Robert Jungk für eine Ausstellung im Salzburg Museum habe ich aber auch gelernt, dass sich die Welt zum Besseren verändern lässt und dass es Sinn macht, sich dafür zu engagieren. Die großen Friedensdemonstrationen der 1980er-Jahre, in denen in vielen Städten der Welt Hunderttausende auf die Straßen gingen, um für eine Beendigung des atomaren Wettrüstens einzutreten, zeigten durchaus Wirkung und haben – davon bin ich überzeugt – wesentlich zur Überwindung des sogenannten „Kalten Krieges“, also der Konfrontation der Blöcke zwischen Ost und West, beigetragen. Auch wenn wir von einer atomwaffenfreien Welt noch weit entfernt sind – über 2000 nukleare Sprengköpfe lagern noch immer in den Arsenalen der Atommächte, dazu kommt die Gefahr der illegalen Verbreitung von spaltbaren Material etwa an Terroristen –, so würde kein politischer Führer einer der Atommächte heute noch damit prahlen, ein anderes Land atomar auslöschen zu können.

Ziel der von den Bürgermeister*innen von Hiroshima und Nagasaki ins Leben gerufenen Initiative „Majors for Peace“, der sich mittlerweile über 5500 Städte weltweit angeschlossen haben – auch Salzburg – ist es, eine Welt frei von Atomwaffen zu erreichen. Dieses Ziel mag fürs Erste unrealistisch gelten, die Atommächte wollen sich sozusagen den ‚Atom poker‘ behalten, doch Initiativen wie die „Majors of Peace“ – ich könnte auch die „Internationalen Ärzte und Ärztinnen gegen einen Atomkrieg“ (IPPNW) nennen – halten das Bewusstsein darüber wach, dass es dieses Ziel geben muss. Die 1945 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Allgemeinen Menschenrechte werden beileibe nicht weltweit umgesetzt, doch niemand zweifelt an deren Sinnhaftigkeit. So kann es in diesem Jahrhundert durchaus denkbar werden, dass sich die Atommächte aufgrund des Drucks der Bürger und Bürgerinnen auf ein gemeinsames und international überwacht Verschrotten aller Atomsprengköpfe einigen, wie dies die Atomexpertin Stefanie Cooke vorschlägt.

Und auch die vielen Proteste gegen die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie waren durchaus erfolgreich – ein gutes Beispiel ist Österreich mit seiner Volksabstimmung gegen das AKW Zwentendorf im Jahr 1978. Aber auch das deutsche Atomprogramm konnte sich aufgrund der vielen Bürgerproteste nie zur Gänze ‚entfalten‘ – und nun steht der vollständige Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie bevor. Freilich hatte es hierfür zweier großer Atomunfälle, jenem von Tschernobyl und jenem von Fukushima, bedurft. Aber das Problembewusstsein wurde durch die Proteste wacher Bürger und Bürgerinnen geschaffen.

Weltweit sind nach wie vor über 400 AKWs in Betrieb, aber die Fachmeinung geht dahin, dass der Atomenergie keine große Zukunft mehr beschieden sein wird. Freilich werden nach wie vor enorme Mittel für Atomforschung ausgegeben, auch in der Europäischen Union – allem voran für die neue, aus meiner Sicht ebenso trügerische Hoffnung auf die Kernfusion, an der im französischen Versuchsreaktor Cadarache geforscht wird. So wäre es ein konsequenter Schritt Österreichs, aus der EURATOM, der EU-Atomforschungsorganisation, an die wir jährlich an die 40 Millionen Euro zahlen, auszutreten.

Exkurs: Auch in Japan gibt es eine kritische Zivilbewegung, die sich nicht nur für die Abrüstung der Atomwaffen, sondern auch für den Ausstieg aus der Atomenergie im eigenen Land einsetzt, so erfuhren wir aus einer japanischen Delegation, die im Sommer 2012 in unserer Bibliothek für eine 2013 realisierte Ausstellung über Robert Jungk unter dem Titel „The Man who told the world about Hiroshima“ recherchierte. In der Gruppe befand sich eine junge Historikerin, die nicht nur über die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki forscht, sondern auch über den Holocaust und die japanischen Kriegsverbrechen im 2. Weltkrieg. Nach der Sowjetunion, die im Abwehrkampf gegen Hitlers Ostfeldzug Millionen Tote zu beklagen hatte, war China aufgrund der japanischen Aggression jenes Land, mit den zweithöchsten Verlusten an Menschenleben. Eine historische Aufarbeitung auch dieser Greuelthaten ist unumgänglich, um möglichen Revanchismen entgegenzuwirken. Doch zurück zu den Hoffnungsschimmern, die aus der jüngsten Geschichte abgeleitet werden können: Noch vor einigen Jahrzehnten galten auch bei uns Militärparaden als wichtiger Bestandteil der politischen Inszenierung von Macht – heute spielen diese, so meine Wahrnehmung, kaum mehr eine Rolle. Der Zivildienst, einst als den Wehrwillen zersetzend heftig kritisiert und umkämpft, ist in Österreich heute zur Selbstverständlichkeit geworden. Im Nachlass von Robert Jungk haben wir übrigens in einer seiner Reden bei einer Hiroshima-Gedenkveranstaltung in den 1980er-Jahren die Aufforderung gefunden, als

Zeichen des guten Willens zukünftig auf Militärparaden zu verzichten. Vielleicht werden wir dies im 21. Jahrhundert noch erleben?

Ein weiteres Beispiel: Vor knapp 80 Jahren haben österreichische Polizisten auf österreichische Bürger und Bürgerinnen geschossen – heute wäre das wohl nicht mehr denkbar. Das gibt auch Hoffnung, dass dort wo heute Polizei und Armee gegen eigene Landsleute mit Waffengewalt vorgehen, Frieden möglich werden wird. Etwa in Ägypten, wo das Eingreifen der Militärs vor gut einem Monat hunderte von Toten gefordert hat. Worin liegt die Hoffnung? Ich sehe sie vor allem in wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung. Wirtschaftliche Entwicklung und Demokratisierung bedingen und befruchten einander – hier besteht eine Wechselwirkung, auf die wir setzen müssen. Nun leben wir alles andere als in einer „Welt in Balance“ – die Verarmung breiter Bevölkerungskreise in vielen Staaten der Erde bei gleichzeitiger Anhäufung von Vermögen bei den Superreichen schreitet voran. Doch die Potenziale für eine beschleunigte Überwindung von Hunger, Armut und Ausgrenzung sind vorhanden. Wir verfügen über ein ungeahntes Wissen und Knowhow, über die technischen Möglichkeiten nützliche Dinge mit bedeutend weniger Arbeitsaufwand als früher herstellen zu können und wir wissen voneinander Bescheid – in diesem Sinne ist die Welt in der Tat zu einem Dorf geworden. Um nicht in falsche Naivität zu verfallen: In der Friedens- und Konfliktforschung wird die Wahrscheinlichkeit eines großen Krieges im 21. Jahrhundert als nicht geringer eingestuft als im 20. Jahrhundert. Zwei wesentliche Ursachen werden dafür ausgemacht: Die Konkurrenz um die für das industrielle Wirtschaften gegenwärtiger Ausrichtung notwendigen Rohstoffe – von Erdöl und Erdgas über Metalle hin zu Seltenen Erden – wird aufgrund der rasanten weltwirtschaftlichen Umwälzungen, allem voran der Industrialisierung in Asien, stark zunehmen. Es gibt kaum mehr eine Militärdoktrin eines Landes, die den ‚sicheren Zugang zu Rohstoffen‘ nicht im Programm hat!

Dem sich global ausbreitenden Konsumkapitalismus, der vor allem einer kleinen Oberschicht zu Gute kommt (die Klasse der Neureichen aus aller Welt lässt ja auch die Kassen in Salzburgs Tourismus wieder klingeln), diese Ausbreitung des „Western way of life“ korrespondiert der „große Verbrauch“, so der indische Ökonom Chandran Nair. Die Herausforderung ressourcenleichter Wirtschafts- und Lebensstile sowie die Schaffung einer neuen, eben auf erneuerbaren Energieträgern basierenden Energieversorgung hat also immense friedenspolitische Bedeutung. ‚Nachhaltigkeit‘ ist somit keine Sache für Sonntagsreden, sondern muss zum zentralen Leitbild unseres Wirtschaftens und Konsumstiles werden.

Die zweite mögliche Kriegsursache wird in größeren innerstaatlichen sozialen Verwerfungen gesehen. Wenn Regierende es nicht schaffen, die Wohlstandserwartungen der eigenen Bevölkerung zu erfüllen bzw. wenn breite Bevölkerungskreise in die Armut getrieben werden, so könnten diese mit der Schaffung eines Außenfeindes von der Unzufriedenheit im eigenen Land ‚ablenken‘ und Kriege mit Nachbarn anzetteln. Der aufstrebende militärische Nationalismus in Indien oder Pakistan werden als Beispiel genannt. Der blutige Nationalismus, der das Europa der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestimmt hat, könnte sich in anderen Erdteilen wiederholen.

Was brauchen wir also – und damit komme ich zum Schluss – für den Weltfrieden? Allem voran geht es um Wege der materiellen Grundsicherung für alle ErdenbürgerInnen

unter Einhaltung der ökologischen Grenzen. Notwendig ist eine Strategie, die den Grundbedarf aller Menschen mit Nahrung, sicheren Behausungen und funktionierenden öffentlichen Infrastrukturen sicherstellt. Das derzeit dominierende Wirtschaftssystem, der real existierende Kapitalismus, schafft dies von alleine nicht. Er produziert obwohl einzelwirtschaftlich effizient – die Herstellung von Gütern erfordert, wie gesagt, immer weniger menschliche Arbeitskraft – ständig Krisen, wie die wiederkehrenden Finanzeruptionen seit Bestehen des Kapitalismus zeigen (es ist hier freilich nicht der Platz näher darauf einzugehen).

Unser derzeitiges Wirtschaftssystem hat zwar uns in den reichen Teilen der Welt großen Wohlstand gebracht, wie wohl auch dieser wieder brüchiger wird, aber der freie Markt allein ist sozial und ökologisch blind. Produziert wird nicht für jene, die wirklichen Bedarf haben, etwa die Hungernden, sondern für jene, die über Kaufkraft verfügen. Und zwar über so viel Kaufkraft, dass Güter nicht mehr gehegt und gewartet werden (müssen), sondern permanentem Verschleiß unterliegen, weil ja immer wieder etwas Neues gekauft werden kann. Überdies wird viel Überflüssiges produziert und konsumiert, was einem guten Leben gar nicht mehr zuträglich ist. Ich maße mir hier kein Urteil an, was alles zu diesem Überflüssigen gehört, empfehle aber die Lektüre des Buches meines Kollegen Niko Paech „Befreiung vom Überfluss“, das viel Lehrreiches enthält – der Autor kommt übrigens am 7. Oktober zu einer Buchpräsentation in die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen. Die Fehlallokation von Mitteln – so der Fachausdruck der Wirtschaftswissenschaften – macht auch das von Robert Jungk in den Folder für diese Veranstaltung aufgenommene Zitat deutlich: „Es steht mehr Geld zur Verfügung, um zu erforschen, wie sich Weltraumforscher ernähren sollen“, so Jungk, „als für die Erforschung der Frage, wie sich fast zwei Milliarden hungriger Erdenbewohner am Leben halten können.“ Und Jungks Nachsatz gleichsam als sein Lebensmotto: „Die Welt kann verändert werden. Zukunft ist kein Schicksal.“ Die freie Marktwirtschaft allein schafft also die soziale und ökologische Umsteuerung nicht. Auch das wissen wir aus der Geschichte. Prosperität, an der alle beteiligt wurden, schuf die Marktwirtschaft auch bei uns erst, als sie zur sozialen Marktwirtschaft wurde – und zwar in den Jahrzehnten beginnend mit dem Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg. Seit den 1980er-Jahren bröckelt dieses Verständnis von sozialer Rahmung leider wieder. Nun steht ein Zweifaches an: die Übertragung des „Sozialen“ auf die Welt insgesamt und die Beachtung der Grenzen der Natur. Man könnte also von einer notwendigen globalen, ökosozialen Marktwirtschaft sprechen, wobei hier auch neue Formen des Wirtschaftens wie Kooperativen, Genossenschaften oder Solidarische Ökonomien eine Rolle spielen sollen. Wie kann diese Transformation erreicht werden? Ich sehe wiederum zwei Wege, die einander ergänzen: Das eine sind Wirtschafts- und Lebensstile der Begrenzung, die von unten wachsen – bewusste Ernährung, ein bewusster Umgang mit den Dingen, mit denen wir uns umgeben, eine neue Verortung, also die Abkehr von diesem permanenten Unterwegs- und „On the road“-Sein. Ansätze regionaler Wirtschaftskreisläufe und lokale Energiegenossenschaften zählen hier ebenso dazu wie neue Wohn- und Arbeitsformen.

Zweitens brauchen wir aber politische Regulierungen, die den Kapitalismus zähmen und ihm neue soziale und ökologische Leitplanken errichten. Diese neuen Rahmenbedingungen müssen mittlerweile international gesetzt werden – da sich das Wirtschaften zumindest der Konzerne internationalisiert hat. Initiativen der Zivilgesellschaft wie Attac, ein internationales Netzwerk zur Regulierung der Finanzmärkte, FIAN, das Food First Information and Action Network, die Global Marshall Plan-Initiative sowie der World Future

Council, die sich beide für Weltsteuern auf Ressourcenverbrauch, Rüstungsgeschäfte und angehäuften Vermögen einsetzen, haben eine Vielzahl an Vorschlägen für diese neue Regulierung erarbeitet. Nur eine international koordinierte und dadurch starke Zivilgesellschaft kann diese Regulierungen ‚erzwingen‘ und eine bessere Verteilung der Ressourcen erreichen.

Es gibt also noch viel zu tun in der Welt: etwa die globale Förderung naturangepasster Anbaumethoden, die – das zeigen Studien – am ehesten in der Lage sind, den Hunger zu überwinden. Wir brauchen neue Methoden eines intelligenten Water-Managements, um die knappe Ressource Wasser besser einzusetzen. Notwendig ist eine weltweite Verbreitung von Solartechnologien, die eine de-zentrale und langfristig aufrecht zu erhaltende Energiebasis schaffen. Wir brauchen Netzwerke des Wissens- und Bildungstransfers. All das erfordert Ressourcen, die jedoch von den multinationalen Konzernen und dem globalen Kapitalmarkt, die vor allem an Profiten interessiert sind, nicht zur Verfügung gestellt werden. Wir brauchen also bedeutend mehr Entwicklungszusammenarbeit, finanziert aus den genannten Weltsteuern – dies wäre das Konzept der Global Marshall Plan-Initiative, die wir als Robert-Jungk-Bibliothek unterstützen.

„Friede besteht nicht nur darin, dass kein Krieg ist. Er ist ein Zustand, der die Menschen befähigt, für ihre Entwicklung zu arbeiten“, so Berta Wagner. Jeder Mensch, der sich in einer Initiative für Menschenrechte, Umweltschutz oder faire Weltwirtschaftsstrukturen engagiert oder in einer entwicklungspolitischen Gruppe mitarbeitet, in der Entwicklungszusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe betrieben wird, trägt ein Stück weit zu einer gerechteren Welt bei. Doch darüber hinaus brauchen wir wieder mehr politischen Zorn, etwa hinsichtlich der himmelschreienden Ungleichverteilung der Mittel oder – ich habe bereits davon gesprochen – der gigantischen Verschwendung von Ressourcen für Rüstung – noch immer wird weltweit über 1 Billion Dollar für Waffen und Militär ausgegeben. Rüstungsunternehmen müssen – wie in der Zeit der großen Friedensbewegung – öffentlich zur Rede gestellt werden.

Der Zorn über diese Ungerechtigkeiten, den etwa der langjährige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler – er erhielt ja auf unseren Vorschlag hin 2005 den Salzburger Zukunftspreis – einfordert, fehlt mir in den heutigen zivilgesellschaftlichen Initiativen; noch mehr in den Komfortzonen des Wohlstandskonsums. Wie kommen wir zur notwendigen Veränderung?

Manfred Linz, ein Kollege aus der Nachhaltigkeitsforschung, nennt in einem Aufsatz „Wann lernen Gesellschaften heute?“ drei Dinge: Wir sind bereit uns zu verändern, wenn wir fürchten etwas zu verlieren (etwa eine intakte Umwelt oder sozialen Frieden), zweitens wenn wir durch die Veränderung einen Zugewinn erhoffen (dies können durchaus immaterielle Dinge wie mehr Sozialkontakte, mehr Muße usw. sein) und drittens, das erscheint mir entscheidend, verändern wir uns, wenn die Veränderungsnotwendigkeit einsichtig vermittelt wird und alle zu gerechten Teilen trifft. Umweltschutz ist daher nur mit für alle gültigen Regeln möglich; und auch kollektives Teilen – darum wird es im 21. Jahrhundert gehen – funktioniert nicht auf Freiwilligkeitsbasis, sondern nur wenn dieses alle nach ihren Möglichkeiten trifft.

Manfred Linz – er ist übrigens mittlerweile über 80 Jahre alt und verfügt daher ebenfalls über genügend historische Erfahrung – nennt zudem vier zentrale Aspekte für Lernen unter den komplexen Bedingungen der heutigen Weltgesellschaft:

Zu lernen sei erstens unsere langfristigen Interessen so ernst zu nehmen wie unsere kurzfristigen Interessen und unsere gemeinsamen Interessen wichtiger zu nehmen als unsere Einzelinteressen; zweitens, dass wir Menschen auf diesem Planeten auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen sind; drittens das Wohlergehen der Einzelnen wie der Gesellschaften unabhängig vom Wirtschaftswachstum zu suchen; viertens schließlich die schwindenden Möglichkeiten, „Probleme durch den Einsatz höherer Finanzmittel (also durch Geld schöpfen und Schulden machen) zu verschieben, nicht als ein Verhängnis zu erleiden sondern mit alternativem Handeln aktiv zu gestalten, und diese Aufgabe zwar auch als einen Aufruf zur Veränderung des persönlichen Lebensstiles zu verstehen, in erster Linie aber als einen der ganzen Gesellschaft gestellten Auftrag an-zugehen“.

Lernen heiße damit weniger, den Bestand zu erweitern, „sondern Gewohntes zu verlassen, auch gewohntes Wissen, Grenzen zu überschreiten, Neuland zu betreten“. Lernen heiße in diesem Sinne auch „verlernen“ und sich auf ein „Weniger“ einzustellen. Eine nachhaltige Entwicklung wird ohne politische Gestaltung nicht erreichbar sein. Die permanente Abwertung von Politik, Parteien und Staat ist nicht nur demokratiepolitisch bedenklich, sondern schwächt auch jene Kräfte, die sich für eine sozial-ökologische Wende einsetzen. Für diese werden wir nicht weniger, sondern mehr Politik brauchen. Der eigentliche Rechtsruck in unserer Gesellschaften sei, so die Psychoanalytikerin Thea Bauriedl, mit der Ausbreitung des Ellbogen-Verhaltens eingetreten. Die Vorstellung, dass jeder selbst schauen müsse, wo er bleibt, und dass jeder andere ein potenzieller Konkurrent ist, zerstört die Menschen und das Gemeinwesen.

Der Leitspruch „Liebe deinen Nächsten“ wird ad absurdum geführt, wenn er von zwei Kategorien von Menschen ausgeht: denen der eigenen Gruppe und den anderen. Der „Nächste“ muss immer der sein, der unserer Hilfe bedarf. Die Aufforderung muss demnach lauten: Setze dich jeweils für die Schwächsten zuerst und am stärksten ein. Dafür brauchen wir eine Kultur, die auf Kooperation und Inklusion angelegt ist, nicht auf Separation. Als den Weltfrieden im 21. Jahrhundert begünstigende Faktoren werden in der Konfliktforschung das Fehlen größerer ideologischer Gegensätze, die Zunahme der Demokratien und die starken wirtschaftlichen Verflechtungen genannt. Das Bonmot „Wo Geld fließt, fließt kein Blut“ stimmt zwar nicht überall – es fließt auch Blut für Geld –, doch Handel mit einander auf gleicher Augenhöhe ist immer besser als Abschottung. Ich würde ein Viertes ergänzen: Die Zunahme persönlicher Beziehungen über die Kontinente hinweg – hier meine ich weniger den sich rasant ausbreitenden Massentourismus (auch wenn selbst dieser zur Völkerverständigung beitragen kann), sondern Kooperationen durch Projekte der Entwicklungszusammenarbeit, Kooperationen in den mittlerweile über 20.000 transnationalen Nicht-Regierungs-Organisationen sowie die über Europa hinaus zunehmenden Jugendaustauschprogramme und Freiwilligeneinsätze.

„Alles, was Gefühlsbindungen unter den Menschen herstellt, muss dem Krieg entgegenwirken“, schreibt Sigmund Freud in seiner Antwort auf Albert Stein zur Frage „Warum Krieg?“. Diese Gefühlsbindungen gegenüber unseren Nächsten, aber auch gegen über den geografisch Fernstehenden, sind somit ein wesentlicher Humus für das Gedeihen

von Weltfrieden. Wir brauchen dafür eine Kultur der Inklusion, der Empathie und des kollektiven Teilens.

Die Lage heute erinnert mich an die 1920er-Jahre: explodierender Luxus und Reichtum bei einigen wenigen bei gleichzeitiger Verarmung großer Teile der Weltbevölkerung und drohenden Wohlstandsverlusten bei den Mittelschichten. Dazu kommt die zunehmende Abwertung des Öffentlichen und des Staates bei einem gleichzeitigen Anwachsen der Unterhaltungs- und Ablenkungsangebote. Doch angesagt ist nicht Zerstreuung, sondern Konzentration – nämlich Konzentration auf das, was wir für ein gutes Leben tatsächlich brauchen. Der Ausgang der Geschichte damals ist bekannt. Wir sind gut beraten, alles daran zu setzen, dass er sich nicht wiederholt. Das kollektive Gedächtnis endet – so sagt man – nach 50 Jahren. Für die heute Jungen bei uns sind Dinge wie Demokratie und soziale Sicherungssysteme Selbstverständlichkeiten. Doch sie sind immer wie-der neu zu erringen und sie werden – in der Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts – mit allen anderen zu teilen sein.

In diesem Sinne danke ich fürs (lange) Zuhören.

Mag. Hans Holzinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ), Mitglied des Beirats des Friedensbüros Salzburg sowie Stellvertretender Vorsitzender des Entwicklungspolitischen Beirates des Landes Salzburg.

Anschrift: JBZ, Robert-Jungk-Platz 1, 5020 Salzburg.

Infos: h.holzinger@salzburg.at, Tel. 0699.11370178

Links: <http://www.jungk-bibliothek.at>, <http://www.friedensbuero.at>